

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgeld für den Jahrgang 1933 ...

Druck u. Verlag: Leipzig & Neudamm, Dresden-III, ...

Einzelhefte: 80 mm breite Grundgröße ...

Fünfzig marxistische Kerzte verhaftet Berliner Geheimorganisation ausgehoben

Berlin, 7. Juli. Unter dem Namen „Beratungsstelle für Kerzte“ hatte sich in Berlin eine Vereinigung marxistischer, kommunistischer und anarchistischer Kerzte aufgetan, von deren Bestehen nationalsozialistische Kerzte erst durch Zufall Kenntnis erhielten. Die nationalsozialistischen Kerzte ermittelten sofort Anzeige beim Geheimen Staatspolizeiamt, von dem aus sofort an alle SA-Kerzte Berlins Alarmbefehl erging. Heute morgen um 6 Uhr verarmelten sich sämtliche SA-Kerzte im Geheimen Staatspolizeiamt, von wo aus eine sorgfältig vorbereitete Aktion gegen die marxistischen Geheimbünde ausging. Rund 50 marxistische Kerzte wurden verhaftet und zahlreiche Material beschlagnahmt. Schon bei flüchtiger Durchsicht des beschlagnahmten Materials ergab sich, daß die „Beratungsstelle für Kerzte“ ein rassistisches Unternehmen darstellte. Von der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg wird mitgeteilt, daß die Geheimorganisation in Verbindung mit der jüdischen Gemeinde zu Berlin aufgezogen worden war. Die bisher getroffenen Feststellungen haben auch ergeben, daß es sich um eine Zentralkomitee der Grenzpropaganda verbreitung handelte. Auch landesverräterisches Material wurde vorgefunden. Außerdem liegen Schriftstücke vor, aus denen hervorgeht, daß zur Sabotage gegen die Regierung der nationalen Revolution aufgeföhrt wurde.

Sämtliche Mandate der SPD-Vertreter kassiert

Verordnung der Sicherung der Staatsführung
Berlin, 7. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Nach Ausschluß der SPD-Abgeordneten als Vertreter einer rassistischen und volksfeindlichen Partei aus den Volksvertretungen und den gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern war noch über deren Siche Bestimmung zu treffen. Dies ist geschehen in einer Verordnung zur Sicherung der Staatsführung, die der Reichsminister des Innern am Freitag auf Grund der Ermächtigung im Gleichschaltungsgebot erlassen hat.

Die Zuteilung von Sigen auf Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei für den Reichstag und die Landtage (Würgerstaaten) auf Grund des Wahlergebnisses vom 5. März, 1933 oder des Ergebnisses des Gleichschaltungsverfahrens ist unwirksam. Eine Ersatzzuteilung findet nicht statt.

Von dieser Einziehung werden alle Sige betroffen, die auf örtliche oder zentrale Wahlvorschläge der SPD, angeteilt worden sind.

Dabei macht es keinen Unterschied, ob ein Bewerber Mitglied der SPD war oder nicht. Für den Reichstag fallen also 120 Sige der SPD, und 6 Sige der Staatspartei weg. Diese Sige werden nicht wieder besetzt.

Desgleichen wird die Zuteilung von Sigen auf Wahlvorschläge der SPD für die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper, also die Kreisräte, die Bezirke, Bezirke, Stadträte, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeinderäte usw. für unwirksam erklärt. Bei diesen gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern können zur Aufrechterhaltung der gemeindlichen Selbstverwaltung die Sige neu besetzt werden. Die Besetzung geschieht in der Weise,

daß die Erghmänner von der Staatsaufsichtsbehörde entsprechend dem Volkswillen nach der Überwindung des Parteienstaates frei berufen werden.

Das Verfahren der Berufung durch die Staatsaufsichtsbehörden kann ferner in anderen Fällen Platz greifen, wo ein Bedürfnis besteht, die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper entweder vollkommen neu zu bilden oder einzelne Erghmänner einzutreten zu lassen. Eine vollkommene Neubildung kann vor allem bei Umwandlungen in Frage kommen. Schließlich sind zahlreiche staatl. und gemeindliche Ehrenämter bei Verwaltungsgerichten, Beschluhsbehörden und Ausschüssen auf Grund von Wahlvorschlägen der Parteien besetzt worden. In allen diesen Fällen ist die Zuteilung von Ehrenämtern an SPD-Vertreter unwirksam. Eine Erghberufung findet dann statt, wenn zur Aufrechterhaltung der Staatsverwaltung oder der gemeindlichen Selbstverwaltung ein Bedürfnis besteht, die Ausschüsse und Beschluhsbehörden zu ergänzen. Auch in diesen Fällen werden die Erghmänner von der Staatsaufsichtsbehörde entsprechend dem Volkswillen nach Überwindung des Parteienstaates durch Berufung neu besetzt.

Der Wille des Führers!

Die große programmatische Rede des Reichskanzlers auf der Konferenz der Reichsstatthalter beweist mit voller Deutlichkeit, daß wir die erste Etappe auf dem Wege zum deutschen Nationalstaat zurückgelegt haben. Schon äußerlich steht diese Rede am Ausgangspunkt entscheidender innerpolitischer Vorgänge, deren Größe vielleicht erst eine kommende Geschichtsschreibung voll zu würdigen verstehen wird. Die letzten Tage haben mit dem Auflösungsbeschluss des Zentrums als der letzten noch bestehenden Partei des alten Systems das Ende des Weimarer parlamentarischen Regimes endgültig besiegelt. Damit ist der große Umwandlungsprozess der deutschen Innenpolitik abgeschlossen, dem die Parteien samt und sonders zum Opfer gefallen sind.

Die nationalsozialistische Revolution hat jetzt die Macht in ihrer Totalität ergriffen und demgemäß aber auch die totale Verantwortung für das zukünftige Schicksal unseres Volkes und unseres Vaterlandes zu tragen. Die nationalsozialistische Revolution hat so ihr Ziel in einem Umfang erreicht, wie es selten in so kurzer Zeit eine Erneuerungsbewegung in der Geschichte der Völker vermocht hatte. Es ist klar, daß nun auch die revolutionären Ereignisse in das Bett der Evolution, des ruhigen und stetigen Aufbaues von Staat und Wirtschaft, hinübergeleitet werden müssen. Nachdem dieser Zeitpunkt nunmehr gekommen ist, hat der Reichskanzler Adolf Hitler selbst in seiner Rede vor den Reichsstatthaltern das Signal dazu gegeben. Er hat mit klaren eindringlichen Worten dargelegt, daß nach der Erringung der äußeren Macht nun andere große Aufgaben im Vordergrund stehen. Die erste Aufgabe ist die innere Erziehung der Menschen im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung. Adolf Hitler plant nichts Geringeres, als auch die Herzen derer, die dem Nationalsozialismus vielleicht noch fernstehen, völlig für den neuen Staat zu gewinnen. Er weiß, daß mit der Erringung dieses Zieles das sicherste Fundament des neuen Staates geschaffen wird. Nur auf ihm vermag sich äußere Macht auf die Dauer zu halten. Deshalb wendet er sich auch auf das allerhöchste für die Zukunft gegen die Anwendung von Gewaltmaßnahmen, und er stellt als Grundlag die Forderung auf, daß man von jetzt ab niemanden mehr von seinem Volke abheben dürfe, wenn er denselben gut ausfühle, aber noch kein Nationalsozialist sei, und vor allem dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von den Aufgaben dieses Volkes nichts versteht. Adolf Hitler hat diesen Grundsatz mit besonderer Betonung für unser Wirtschaftsleben aufgestellt, denn er weiß, und er hat das mit unabweidlicher Offenheit ausgesprochen, daß man die Menschen auf die Dauer nur gewinnen kann, wenn die große Aufgabe der Sicherstellung unseres Volkes gelöst wird. Und gerade auch im Hinblick auf die Wirtschaft fordert er deshalb, daß in Zukunft jede Unruhe durch theoretische Gleichschaltungen, durch Abseignungen oder willkürliche Verhaftungen zu unterbleiben habe, und daß es nicht mehr die Aufgabe der Träger der Revolution sein kann, herumzusuchen, ob es hier oder dort noch etwas zu revolutionieren gebe. Er gibt deshalb klipp und klar den Befehl aus, daß mit der Vollendung des totalen Staates die Revolution ihr Ende erreicht hat.

Jetzt steht allein das große Werk des Wiederaufbaus im Vordergrund, eine Aufgabe, deren Schwierigkeiten jedermann in Deutschland kennt und von der der Kanzler selbst sagt, daß sie auf viele Jahre anzuweisen sei und daß wir hierbei mit ganz großen Zeiträumen zu rechnen hätten. Eines der größten Ziele der nationalen Erhebung war ja von Anfang an, unsere Wirtschaft wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen, die ihr in 14 Jahren des demokratisch-parlamentarischen Systems entzogen worden ist. Es ist einleuchtend, daß man ein Haus zwar sehr rasch abreißen, aber nur sehr langsam wieder aufbauen kann. Das gleiche gilt von der in 14 Jahren zerstörten Wirtschaft, die ihrer durch Generationen hindurch aufgesparten Betriebsmittel beraubt worden ist und die in Schulden zu erstickt droht. Auch sie wieder in Gang zu bringen, erfordert die Zusammenarbeit aller aufzubereiten Kräfte, und sie wird erst nach langem, mühevoller Arbeit völlig gelungen sein.

Was sich in der ersten Epoche der nationalsozialistischen Revolution abspielte, war vor allem das große Begründen des Schutts der vergangenen 14 Jahre. Das ist mit einer Schnelligkeit und Gründlichkeit geschehen, die ohne Beispiel in der Geschichte steht. Und dazu bedurfte es der Männer, die im erbitterten Kampf gegen das alte System Härte und Entschlossenheit gelernt haben. Aber nachdem dieses Ziel erreicht ist, bedarf es zum Wiederaufbau auch der wirtschaftlichen Erfahrungen aller der Kreise, die in ihrem Aufgabenbereich durch Jahre hindurch sich besondere Fähigkeiten erwerben konnten. Sie alle sollen nun die Gewähr haben, daß sie unbefragt dieser Aufgabe dienen können und daß Wirtschaftskommissionen, Organisationen, Konstruktionen und Theorien sie dabei nicht hindern werden. Der Reichskanzler verlangt, daß die Wirtschaft wie ein lebender Organismus behandelt

Wieder 121 000 Erwerblosse weniger

Wachsendes Vertrauen der Industrie

Berlin, 7. Juli. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 17. bis 30. Juni 1933 hat die seit Mitte Februar anhaltende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt auch in der zweiten Junihälfte weitere Fortschritte gemacht. Von Mitte bis Ende Juni ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen erneut um 121 000 auf 485 000 gesunken. In berücksichtigten ist dabei, daß unter den Arbeitslosen auch die Personen mitgezählt werden, die im Arbeitsdienst, bei der Arbeitspolizei und bei Pflichtarbeiten tätig, somit im eigentlichen Sinne nicht arbeitslos sind, sich aber weiter beim Arbeitsamt um einen künftigen Arbeitsplatz bemühen.

Die Besserungsercheinungen, die sich in sämtlichen Arbeitsamtsbezirken deutlich zeigen und zweifellos über das saisonübliche Ausmaß hinausgehen, sind nicht nur bedingt durch die Vergabe öffentlicher Aufträge und beeinflusst durch steuerliche Maßnahmen, sondern auch gefördert durch das wachsende Vertrauen der Industrie in die politische und wirtschaftliche Entwicklung.

Während im Juni des Vorjahres die Minderung der Arbeitslosigkeit in den überwiegend industriellen Bezirken nur rund 0,1 bis 0,2 v. D. betrug, hat sie sich im Juni d. J. fast überall verdoppelt (1,7 bis 5,7 v. D.). In der zweiten Junihälfte nahm die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um 19 000 auf 418 000, in der Arbeitslosenversicherung um 181 000 ab. Auch die Zahl der anerkannten Wohlfahrtsarbeiter war 10 000 weniger als im Juni des Vorjahres (119 000 auf 109 000 vermindert). Eine merkliche Entlastung erfährt in Zusammenhang mit den Regierungsmassnahmen trotz der Preissteigerung der Arbeitsmarkt der Hausgehilfinnen in fast allen Bezirken.

Von den 6047 000 unterstützten Erwerblosen, die bei der Übernahme der Regierung durch das Kabinett Hitler vorhanden waren, sind also, wie unsere Berliner Schriftleitung ergänzend berichtet, 1,2 Millionen wieder in Arbeit gebracht worden. Daraus tritt noch die Verminderung der Zahl der sogenannten unsichtbaren Erwerblosen, also derjenigen, die keine Unterstützung erhalten. Diese Zahl hat sich um reichlich 650 000 vermindert, so daß sich die Zahl der

durch die Regierung Hitler in Arbeit gebrachten Personen auf rund 1 820 000 beläuft.

Ein Selbste-Interview für Italien Das deutsche Arbeitsbeschaffungsprogramm

Berlin, 7. Juli. Reichsarbeitsminister Franz Selbte hat dem Vertreter der in Neapel erscheinenden Zeitung „Il Mattino“ eine Unterredung gewährt, in der er über das Programm der Arbeitsbeschaffung in Deutschland u. a. ausgeführt hat: Wie man weiß, hat die Arbeitslosigkeit während der vergangenen marxistischen Regierung fast ein Viertel der deutschen Familien zu Untätigkeit und Armut verdammt. Einerseits war es dringend notwendig, die Produktion auf fast allen Gebieten der nationalen Betätigung zu verbessern und zu steigern, andererseits galt es, ein Heer von 5 Millionen Arbeitslosen an der Verwirklichung jener Verbesserungen und der Produktionssteigerung mitarbeiten zu lassen.

Eine Milliarde Mark ist bereitgestellt für die Instandsetzung der öffentlichen Bauten, Brücken, Häuser, von Gas-, Wasser- und Elektrizitätsanlagen, für Bodenverbesserungen und Meliorationsarbeiten in marastigen Gegenden, wie sie das faschistische Italien zum größten Teil während der ersten zehn Jahre seiner Regierung bereits verwirklicht hat. Dabei wird ein Teil der Arbeitslosen zu ähnlichen Bedingungen beschäftigt werden wie die Jugendlichen im freiwilligen Arbeitsdienst. Sie erhalten als Arbeitsentgelt die ihnen zustehende Unterstützung und dazu für je vier Arbeitswochen 25 Mark in der Form von Bonds, die nur für die Beschaffung von Kleidung, Wäsche und Gesundheitsverwendung verwendet werden dürfen. Außerdem wird ihnen eine warme Mahlzeit täglich gewährt. Auf dem gleichen Prinzip der Bonds beruht das Gesetz zur Vermehrung von Heizräten.

Weiter schilderte der Reichsarbeitsminister die verschiedenen Teile des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, wie den Autobahnenbau und die Besetzung der Industrie. Er fuhr fort: Wir sind der Meinung, daß die uneingeschränkte Vorkriegszeit der Technik zu gelangen ist. Damit will ich aber nicht sagen, daß man die Fortschritte des 20. Jahrhunderts verneinen und in die Zeit von vor 200 Jahren zurückfallen muß.

Aber es ist jedenfalls notwendig, daß die Maschine nicht mehr die Übermacht über die Menschen hat. Der Reichsarbeitsminister schloß: Man muß den Mut zur Tat haben, und Mut beruht im Grunde auf Optimismus und dem Glauben, das gesteckte Ziel zu erreichen.